Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz)

Verlag Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franco gegen franco. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate Die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 7. Donnerstag, 8. Februar. 1883.

Zur an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch wir möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Recommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Das allgemeine Wahlrecht und die soziale Revolution.

Bei Leuten, die nur in unvermittelten Gegensätzen zu denken vermögen, gilt es als eine ausgemachte Thatsache, daß das allgemeine Wahlrecht für die politisch-soziale Befreiung der Arbeiterklasse von gar keinem Werthe, ja sogar ihr hinderlich und daher verwerflich sei, weil es nicht unter allen Umständen und sofort zum Ziele führt. Ihre Parole lautet daher: Nieder mit dem allgemeinen Wahlrecht, es lebe die soziale Revolution! Wobei sie unter Revolution natürlich nur den gewaltsamen Umsturz alles Bestehenden durch eine Volkserhebung im Auge haben.

Wir gehören nun zu den Letzten, welche sich bezüglich der Wirkungen des allgemeinen Wahlrechtes Illusionen hingeben, sondern sind der festen Ueberzeugung, daß die Schlacht um den Birkenbaum nicht in den Parlamenten geschlagen werden wird, — aber für weit schädlicher als die Ueberschätzung des allgemeinen Wahlrechts halten wir dessen Unterschätzung.

Wer den gewaltigen Kampf des modernen Proletariats gegen die kapitalistische Gesellschaft, diesen wirklichen Kulturkampf, nur mit den Augen des Tagespolitikers betrachtet, wer da glaubt, eine ganze Epoche in der Entwickelungsgeschichte der Menschheit nach der Dauer eines Menschenlebens abschätzen zu können, der mag allerdings aus einer oder einigen mißlungenen Wahlkampagnen den Schluß ziehen, daß das allgemeine Wahlrecht nur Lug und Trug sei, als ob Revolutionen noch nie fehlgeschlagen hätten, wer aber den Wahn nicht hat, daß die Befreiung des Proletariats das Werk eines Tages sein könne, daß die Menschheit mit einem Sprung vom Absolutismus in die kommunistische Gesellschaft gelangen werde, wer sich die Mühe gibt, die ökonomischen, sozialen und politischen Vorbedingungen dieser Befreiung zu studiren, der wird auch bezüglich eines so wichtigen Volksrechtes zu ganz anderen Schlüssen gelangen müssen.

Daß bestimmte wirthschaftliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, ehe der Kampf für die sozialistische Organisation der Gesellschaft überhaupt Aussicht auf Erfolg haben soll, bedarf keines Beweises mehr. In einem Lande mit überwiegender Kleinindustrie werden hundert Revolutionen den Sozialismus nicht zur Folge haben. Es fehlen die Faktoren, ihn durchzuführen, es fehlt das Bedürfniß nach ihm, er wird auf zu heftigen Widerstand stoßen. Die kapitalistische Produktionsweise, die Großindustrie, muß vielmehr in einem Grade entwickelt sein, daß der Sozialismus thatsächlich eine Nothwendigkeit, daß der Bourgeois, der kapitalistische Leiter der Produktion, nicht nur überflüssig, sondern sogar der Weiterentwicklung schädlich geworden ist; in den industriellen Etablissements müssen die wirklichen Kadres des revolutionären Proletariats zusammengeführt, durch die Art des Betriebes von selbst auf den Kommunismus angewiesen sein.

Aber damit ist nur erst die Basis des Befreiungskampfes gegeben, erst eine Vorbedingung erfüllt. Die Armee ist da, sie muß aber, wenn sie siegen soll, überhaupt zum Kampfe entschlossen, kampffähig und kampfgerüstet sein. Sie muß die Spannkraft besitzen, nicht nur zu siegen, sondern den Sieg auch auszunützen, zu erhalten. Die Arbeiterklasse muß fähig sein, herrschende Klasse zu werden.

Wir behaupten nun, daß es kaum ein zweites Mittel gibt, welches so geeignet ist, die arbeitende Klasse zur politischen Herrschaft zu erziehen als das allgemeine Wahlrecht. Freilich beschränken sich die in dieser Beziehung gemachten Erfahrungen ausschließlich auf Deutschland. Denn von den Ländern, welche außer diesen das allgemeine Wahlrecht besitzen, käme für den Sozialismus bis jetzt nur Frankreich ernsthaft in Frage. Dort aber haben verschiedene Faktoren dafür gewirkt, daß es für den Sozialismus bisher wenig in Betracht kam: vor Allem die Zersplitterung der Sekten und — die revolutionäre Ueberlieferung.

Man hat es vielfach an der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung getadelt, daß ihr der sogenannte revolutionäre Geist mangele, man hat von ihr gesagt, daß sie trotz ihrer durchaus revolutionären Grundsätze doch ein spießbürgerliches Wesen zur Schau trage. Das ist in gewisser Beziehung nicht unberechtigt, ist aber weniger dieser Bewegung selbst, bezw. ihren „Führern" in die Schuhe zu schieben als der überhaupt in Deutschland, trotz der rapiden Entwickelung seiner Großindustrie, herrschenden spießbürgerlichen Atmosphäre. Theoretiker, Sekten können sich über dieselbe erheben, eine große Volksbewegung aber, und daß die deutsche Sozialdemokratie eine solche ist, leugnet heute Niemand, wird immer, zum Mindesten indirekt, unter ihrem Einflusse stehen.

Indeß das betrifft, wie gesagt, nur den äußerlichen Charakter der Bewegung, gerade so wie in Frankreich der revolutionäre „Elan" nicht nur den Sozialisten eigenthümlich ist. Aber, so paradox dies klingen mag, letzterer ist für die soziale Revolution weit mehr von Schaden als von Nutzen. Und zwar weil er die Bildung einer wirklichen Revolutionsarmee, einer starken, einheitlich gegliederten zielbewußten Arbeiterpartei verhindert. Ein Beispiel dafür ist der Widerstand gegen ein gemeinsames Parteiprogramm, diesen unerläßlichen Kompaß für eine durchgreifende Aktion. Nicht nur von Anarchisten und Blanquisten werden die Männer, welche für ein auf breitester Grundlage aufgebautes gemeinsames Programm eintreten, „Autoritäre" genannt. Die Folge dieses Widerstandes ist eine kolossale Kraftvergeudung und Zersplitterung, die erst dann ein Ende nimmt, wenn es zu spät ist, d. h. wenn die Bewegung in die Defensive gedrängt ist. Das hat die Kommune gezeigt, das sehen wir heute auf's Neue. Das ist auch der Grund, weshalb in Frankreich das allgemeine Wahlrecht bis jetzt für die sozialistische Bewegung ohne Nutzen geblieben ist, daß sogar eintreten konnte, was in Deutschland bisher unerhört ist und sicher auch bleiben wird, daß Arbeiterdeputirte, wie Tolain, Bernard, Nadaud in das Lager der bürgerlichen Parteien übergingen. Es fehlt die Partei, die hinter ihnen stand, die sie kontrolirte, die ihnen aber auch eine Stütze, einen Rückhalt bot.

In Deutschland ist dagegen die sozialistische Bewegung von Anfang an in Form einer auf ein bestimmtes Programm geschlossenen Partei in die Oeffentlichkeit getreten. In diesem Punkte herrschte auch zur Zeit der Spaltung keine ernsthafte Meinungsverschiedenheit. Der Streit drehte sich nur um den Inhalt des Programms, nicht um die Nothwendigkeit eines solchen. Und auch darüber herrscht unter uns keine Differenz, daß das Parteiprogramm, um mit Liebknecht zu reden, weder ein steinernes Dogma noch ein papierner Papst ist, sondern eben nur die unerläßlichen allgemeinen Grundsätze unserer Partei feststellt. Es unterdrückt durchaus nicht die freie Forschung, die sozialistische Kritik, aber, einmal festgestellt, ist es das Banner, unter dem wir uns immer wieder zusammenfinden, wenn es gegen den gemeinsamen Feind geht.

Auf dieses gemeinsame Programm gestützt, hat nun die deutsche Sozialdemokratie das allgemeine Wahlrecht sich zu Nutze gemacht, die Arbeiterklasse gelehrt, es als Mittel zur Wahrung ihrer Interessen zu handhaben. Es war von Bismarck gegeben worden zum Zwecke der Täuschung des Volkes, und anscheinend erfüllte es Anfangs seinen Zweck. Aber nach und nach ist es der Sozialdemokratie gelungen, den Spieß umzudrehen und trotz aller Hindernisse, die der Ausnutzung des Wahlrechtes durch sie in den Weg gelegt wurde, es der Sache des Proletariats dienstbar zu machen.

Wir sagten oben, daß die soziale Umgestaltung, die wir erstreben, nur durchgesetzt werden kann durch die politische Herrschaft des Proletariats, und daß diese zu erringen, unsere erste Aufgabe sein muß. Fragen wir nun, ob wir dieses Ziel durch das allgemeine Wahlrecht bisher seiner Lösung näher gebracht haben, so muß die Antwort unbedingt bejahend lauten. Es ist der rastlosen unermüdlichen Agitation unserer Partei gelungen, bei den Wahlen immer mehr den Schwerpunkt des Entscheides nach unten, in die Masse des Volkes zu verlegen. Unsere Wahlerfolge messen sich nicht nur nach der Zahl der errungenen Sitze, noch lediglich nach der Zahl der gewonnenen Stimmen, sondern es fällt auch gewaltig in die Wagschale, daß wir die herrschenden Klassen gezwungen haben, unserm Programm ihr Arsenal zu entnehmen, für Forderungen unserer Partei einzutreten. Wie Bismarck sich gezwungen sieht, den Arbeitern immer größere Versprechungen zu machen, um sie dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entziehen, so auch alle bürgerlichen Parteien: sie sind gezwungen, zu kämpfen und zu buhlen um die Gunst der Arbeiter, die gelernt haben, den Wahlzettel als Kampfmittel zu gebrauchen. Aus Furcht vor uns müssen sie für uns Propaganda machen. Denn, ob es ihnen recht ist oder nicht, was verschlägt es, wenn sie sich gezwungen sehen, selbst den Arbeitern klar zu machen, daß sie eine Macht im Staate sind!

Aber die Benutzung des allgemeinen Wahlrechts als Kampfmittel hat noch mehr zu Wege gebracht, sie hat das Sozialistenvertilgungsgesetz unwirksam gemacht. Bismarck wollte durch dasselbe die Sozialdemokratie mundtodt machen und durch anscheinende Arbeiterreformen die Arbeiter für sich gewinnen. Hätte die Sozialdemokratie den Rath der „radikalen" Schlaumeier befolgt, Wahlenthaltung betrieben, die Parole der Revolution ausgegeben, so hätte sie Bismarck den größten Gefallen gethan. Aber sie ließ sich nicht auf's Glatteis locken, sie wußte, daß man einem Schwindler keinen ärgeren Streich spielen kann, als wenn man ihn beim Wort nimmt. Ohne sich selbst nur einen Augenblick täuschen zu lassen, sagte sie: Ihr wollt Reformen? Gut, wir sind auch dabei. Und mit der edlen Absicht, ihr den Wind aus den Segeln zu nehmen, war's vorbei. Sie blieb, was sie vorher war, eine wahrhafte Partei des arbeitenden Volkes, immer im engsten Contakt mit diesem, seine Bedürfnisse studirend, seine Interessen wahrend. Und als Bismarck, um seine sozialen Reformprojekte nicht allzudeutlich als Schwindel erscheinen zu lassen, sich gezwungen sah, den deutschen Arbeitern wenigstens etwas Bewegungsmöglichkeit zuzugestehen, vielleicht in der stillen Hoffnung, sie zu Opportunisten zu machen, da zeigte sich, wie schmählich er sich verrechnet: jede Versammlung gestaltete sich zu einer politischen Demonstration, zu einer Kundgebung für die Sozialdemokratie.

Einen zweiten Triumph feiert die deutsche Sozialdemokratie bei der Arbeitsbücheragitation. So groß ist die Furcht vor der Arbeiterklasse, einen so großen Einfluß hat sie sich durch Benutzung aller ihr zur Verfügung stehenden politischen Rechte verschafft, daß bei der ersten Regung derselben den Gegnern das Herz in die Hosen fiel. Nicht die Petitionen und Resolutionen der Arbeiter haben das Arbeitsbuch gestürzt, sondern die Thatsache, daß die Männer, welche da protestirten, am Wahltage ein Wort dreinzureden haben und auch dreinzureden entschlossen sind.

Das allgemeine Wahlrecht ist kein Zauberstab, keine Wünschelruthe, es hat, wie seine Gegner mit gewissem Recht sagen, noch keinen hungrigen Magen gesättigt. Aber haben das die bisherigen Revolutionen gethan? So steht die Frage also gar nicht. Es handelt sich vielmehr darum, ob das allgemeine Wahlrecht ein wirksames Mittel ist, die Befreiung des Proletariats zu beschleunigen. Und daß es, richtig gehandhabt, ein solches ist, daß es die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, diese Vorbedingung der sozialen Revolution, ganz gewaltig fördert, daß es in den Händen einer zielbewußten Arbeiterpartei aus einem Mittel der Täuschung zu einem Mittel der Befreiung wird, wie es im Roanner Programm heißt, das glauben wir in Vorstehendem nachgewiesen zu haben.

Die Erfahrung ist die beste Lehrmeisterin, sie hat der deutschen Sozialdemokratie Recht gegeben. Leo.

Die fromme Bourgeoisie.

I.

Sie wird fromm, unsere Bourgeoisie, und immer frommer, schließlich ist sie am frömmsten, überpapstet den Papst.

Wer's nicht glaubt, mache die Augen auf, und er wird Zeichen und Wunder sehen.

Wunder? Die gibt es nicht. Das profane Sprichwort sagt: Junge Huren, alte Betschwestern. Das trifft nicht blos für die Einzelnen, das trifft auch für herrschende Klassen und herrschende Völker zu. Es besagt einfach: Der Einzelne, die herrschende Klasse, das herrschende Volk lebten, strebten und liebten in ihren Jugendjahren, sie genossen das Leben und kämpften für Ideale; aber im Alter schlagen sie in der Regel um, vertheidigen, was sie einst angegriffen, verherrlichen, was sie früher in den Koth gezogen, verfolgen, was sie sonst gebilligt, und greinen dem jungen, lebenslustigen, strebenden Nachwuchs in die Ohren: mäßige dich, sei bescheiden, demüthige dich!

Leute, die wie Puttkamer der Vater von ihrem Jungen sagen, wenn sie hören, daß dieser, in jugendlichem Alter einem schönen Weibe nachlaufend, treibt, was sonst die Welt verbietet: „Der Junge hat einen guten Geschmack", statt ihn zu schelten, diese Leute sind Narren. Der alte Puttkamer erinnerte sich seiner eigenen Jugendzeit, und war Philosoph genug, sich zu freuen, als er seinen Sohn die Bahn wandeln sah, die er einst selbst gewandelt und — wer weiß? — vielleicht noch wandelt. Man munkelt allerlei, und der lüsterne Mund verräth auch allerlei.

Da war Friedrich der Große anders. Als er noch zu Rheinsberg schwärmte und Jugendesteleien beging, schrieb er den Antimachiavell, als er aber an's Ruder kam, handelte er nach dem wirklichen Machiavell, d. h. nach den Grundsätzen, die er für machiavellistisch hielt.

Ganz so treibt es unser Bourgeois. Er war in seinen Jugendjahren ein gar wilder Bengel und machte seinen Eltern, dem Herrn Absolutismus und der Frau Feudalia, gar viel zu schaffen. Am schlimmsten aber trieb er's mit seiner Großmutter, der Frau Ecclesia, genannt Kirche, mit der er, was sonst nicht immer bei Enkeln der Fall zu sein pflegt, sich auf dem gespanntesten Fuße befand, und stand sogar einmal auf dem Sprunge, sie wirklich und wahrhaftig todtzuschlagen.

Es ist noch nicht lange her und eine lustige Geschichte, die Mancher bezeugen kann, der heute noch lebt.

Höret:

Bourgeois lag sich mit seinen Eltern, dem Herrn Absolutismus und der Frau Feudalia, stark in den Haaren. Er fühlte sich mündig, wollte sein eigenes Geschäft betreiben. Die Alten sollten sich zur Ruhe setzen und ihm das Geschäft übertragen, wenn sie dazu aber nicht willig seien, so wollte er wenigstens einen Theil des elterlichen Erbes haben und mitregieren.

Da aber die Alten sich noch kräftig fühlten, bezeugten sie zu Beidem keine Lust; sie meinten in ihrer altväterischen Weise: der Junge sei leichtsinnig, verstehe nicht zu wirthschaften und werde schließlich sich und die Eltern zu Grunde richten. Da gab's viel Hader und Streit. Bourgeois tobte, daß die ganze Nachbarschaft zusammenlief, und suchte dann dieser zu beweisen, wie grausam seine Eltern seien, wie sie ihn mißhandelten und ihn, ihren leiblichen Sohn, so alt, kräftig und klug, noch als unmündig betrachteten.

Die Nachbarn, die den geistig geweckten und anstelligen Burschen nicht übel leiden konnten, ihn auch für erwachsen genug hielten, machten Miene, sich für ihn zu erklären. Da bekamen die Alten Angst, und obgleich sie

sich auch mit der Großmutter manchmal gezankt und ihr auch Manches an ihrem Vermögen abgezwackt hatten, so hofften sie doch, daß diese jetzt ihnen helfen würde, mit ihrem Einfluß den Sohn zu bändigen, und ihn durch die Ehrwürdigkeit ihres Alters und ihr weißes Haar zur Besonnenheit bringen werde. So riefen sie die Großmutter, Frau Ecclesia, genannt Kirche, zu Hilfe. Aber da hatten sie dem Topf den Boden ausgeschlagen.

Kaum sah Bourgeois die Großmutter, so fiel ihm auch das Ueble ein, das sie ihm, nach seiner Ansicht, im Leben zugefügt. Wie sie ihm seine Jugendlust und Lebensfreude stets tadelnd vorgerückt, ihm manchen Genuß verdorben, ihn mit Kasteiungen und Strafen belegt, seine Liebe zu einer schönen Jungfrau — sie hieß Ideal — ihm als Sünde und Verbrechen vorgeworfen und dieselbe bei den Eltern angeschwärzt hatte. Dies und noch vieles Andere schoß Bourgeois beim Anblick der Großmutter durch den Kopf. Schäumend vor Zorn trat er der erschrockenen Alten entgegen, nannte sie sehr despektirlich eine alte Bettel, ein mißgünstiges, menschenfeindliches Weib, die ihre Freude daran habe, Anderen die Freude zu verderben, und die man am liebsten todtschlagen solle. Dabei griff er in seinem Zorn nach einem Degen, den ihm seine Angebetete, Jungfer Ideal, geschenkt — er liebte das Fechten und führte eine gute Klinge — und hätte jetzt unfehlbar die Großmutter erstochen, wenn ihm nicht die Nachbarn in den Arm gefallen wären und ihn beruhigt hätten.

Diese Szene hatte seine Eltern so alterirt, daß sie bald darauf an einem schwülen Tage — es war der 18. März 1848 und es gab ein arges Gewitter — beide der Schlag traf. Frau Feudalia war mausetodt, aber Herr Absolutismus lebte noch, er war nur vom Schlage gerührt und theilweise gelähmt. Das zwang ihn, seinen Sohn mit in die Leitung des Geschäftes zu nehmen, und er mußte es sich, wenn auch murrend gefallen lassen, daß dieser als der Jüngere und Gewandtere die Hauptleitung in die Hände bekam.

Selbständig geworden dachte Bourgeois auch an's Heirathen, aber da war während der kurzen Zeit seiner Herrschaft eine merkwürdige Veränderung mit ihm vorgegangen. Er fand plötzlich, daß Jungfer Ideal für ihn zu unpraktisch, daß sie leichtlebig sei und Neigung zur Verschwendung habe und daß eine solche Frau in einen soliden bürgerlichen Hausstand nicht passe. Er nahm also ihr Geschenk, den Degen, packte ihn schön ein und schickte ihn nebst einem höflich gehaltenen Billet ihr wieder zurück, in dem er ihr in verbindlichster Form sagte: es thue ihm leid, er liebe sie noch in alter Weise, aber sein Vater sei gegen ihre Verbindung, und er als gehorsamer Sohn halte für Pflicht, ihm zu gehorchen. Er heirathete eine bereits in den Jahren vorgeschrittene Wittwe, die sich Frau Realia Nüchtern nannte. Es war eine Vernunftehe, und die Folge war, daß zwar nicht die Liebe, aber das Geschäft blühte und der Reichthum Bourgeois' ganz riesig zunahm.

Aber einmal rächt sich Alles in der Welt, das sollte jetzt auch Herr Bourgeois erfahren. Höret!!

Seiner Ehe mit Frau Realia Nüchtern war ein gesunder kräftiger Junge entsprossen, der aber eine merkwürdige Aehnlichkeit mit der früheren Geliebten seines Vaters, Jungfer Ideal, hatte. Offenbar hatte Bourgeois, als er die ehelichen Pflichten bei Frau Realia ausübte, sich in die Arme seiner früheren Geliebten geträumt, und so war das Unglück geschehen. Ein gewisser Wolfgang Goethe hatte, nach seinen Wahlverwandtschaften, Aehnliches erlebt.

Kurz und gut, der Junge gedieh prachtvoll, er hatte alle guten Eigenschaften seines Vaters und dessen ehemaliger Geliebten; aber er hatte auch einen Fehler, er war von Gemüth noch unbändiger, als früher sein Vater war, und das verursachte dem Alten viel Kopfschmerzen. Indeß Travailleur — so hatte man ihn getauft, man französelte damals viel — schoß in die Höhe, ward groß und kräftig und entwickelte sich auch geistig ganz vorzüglich. Kaum zwanzig Jahre alt, stellte er aber an seinen Vater dasselbe Verlangen, was dieser erst mit 25 Jahren an den seinen gestellt hatte. Der Alte war außer sich, das hatte er nicht erwartet. Es gab heftige Szenen und Auftritte. Travailleur ward eingesperrt, dann wurde ihm allerlei Umgang untersagt. Bücher und Schriften, denen der Alte einen besonders ungünstigen Einfluß zuschrieb, wurden ihm zuletzt verboten. Aber Alles half nichts, der Junge wurde nur um so ungestümer. Vor Verzweiflung wurde Bourgeois beinahe kindisch, und so verfiel er auf die tolle Idee, daß vielleicht bei seinem Sohne helfe, was bei ihm vergeblich angewandt worden war. Er erinnerte sich plötzlich der alten Großmutter, die, steinalt geworden, immer noch lebte und die er längst vergessen hatte. Sie war mittlerweile die Urgroßmutter seines Sohnes geworden, der sie freilich nie gesehen hatte. Er ließ sie rufen. Auf zwei Stöcke gestützt, trippelte die Alte herein, eine große, mit Horn eingefaßte Brille mit halberblindeten Gläsern auf der Spitze, habichtgekrümmten Nase. Bei diesem Anblick der Alten kamen Travailleur alle die alten Märchen von Hexen und alten bösen Weibern, womit man ihn in seiner Jugend so oft einzuschüchtern versucht hatte, wieder in's Gedächtniß; er fing laut an zu lachen, lachte, daß die Wände dröhnten und die halbtaube Urgroßmutter sich die Ohren zuhielt, während der Vater vor Scham und Zorn in den Boden sinken wollte.

Soweit waren wir, lieber Leser, in unserer Geschichte gekommen, als unser Blick auf die vor uns liegende zweite Beilage des „Leipziger Tageblatts" vom 17. Januar 1883 fiel, welche einen Artikel enthielt, betitelt:

„Die Gründung eines Kirchenbau-Vereins für die Stadt Leipzig."

Die Sozialdemokratie und die Börse.

Aus der Rede Kayser's im deutschen Reichstage.

(Dem stenographischen Bericht entnommen.)

Meine Herren, es ist ja natürlich, daß wir als die Vertreter der deutschen Arbeiterpartei die Frage von einem ganz anderen Gesichtspunkt ansehen, als wie das bisher geschehen ist. Bisher ist die Frage vom Standpunkt der Geschäftsmänner aus beurtheilt worden, während wir hauptsächlich in dieser Frage einen sozialpolitischen Hintergrund sehen und meinen, daß, um die Sache richtig zu beurtheilen, es nothwendig ist, die Börse in ihrem ganzen Wesen zu beleuchten. Das eigentliche Wesen ist wohl von den Vorrednern gestreift worden, allein näher ist Niemand auf den Geist der Börse eingegangen. Wir, die Sozialdemokraten, haben außerdem noch Grund, hier Zeugniß abzulegen von unserer Stellung, auch gegenüber dem spekulativen Kapital, nachdem der soziale „Prediger" der konservativen Partei draußen immerwährend behauptet, daß Sozialdemokratie und Börse in engem Zusammenhang ständen. Ich bedauere lebhaft, daß Herr Stöcker heute nicht anwesend ist, damit er aus meinen Auslassungen das Resultat ziehen könnte, in Zukunft, wenn er wieder über meine Partei redet, die Wahrheit an verschiedenen Orten zu sagen.

— — — Das bewirkt es eben, daß man im Volke sehr oft Börse und Schwindel für synonyme Begriffe hält. Ob man Recht hat, ist eine streitige Frage, aber die Volksstimmung ist eine solche, und zu einer Zeit, als der Herr Abgeordnete Lasker im Zenith seines Ruhmes stand, da hat auch er die Börse eine „Akademie für Gesetzesübertretungen" genannt.

(Heiterkeit! rechts.)

Meine Herren, von da an verblich sein Stern, weil ihn die höhere, die Börsen-Bourgeoisie fallen ließ, und er wurde auch vom Dreiklassenwahlrecht verworfen und sitzt nicht mehr im Abgeordnetenhause.

(Heiterkeit.)

Die damalige „königliche Kommission", welche unsere Gründerverhältnisse untersuchen sollte, hat leider Alles begraben, und bei diesem Begräbniß waren alle Parteien betheiligt.

— — Unsere Stellung zur Börse ist die, welche schon Lassalle in seinen Schriften dadurch bezeichnet hat, daß er die Börse „die reinste Erscheinung des Ausbeutungsprozesses der heutigen Zeit" nannte. Niemand zeigt mehr als die Börse, daß die Vermögensansammlungen nicht aus persönlichem Verdienst herkommen, sondern daß die Vermögensansammlungen ein Produkt der objektiven Bewegung der Gesellschaft sind, und daß es fremde Ereignisse sind, welche die Frage des Mein und Dein des Individuums bestimmen.

Ich muß aber bei dieser Gelegenheit doch auch das Verhältniß der Parteien zur Börse näher betrachten. Es ist für mich durchaus interessant, in dieser Frage den Ansturm gegen den Kapitalismus — der Börsensteuerentwurf oder vielmehr der Geist desselben wird wenigstens draußen in den konservativen Agitationsversammlungen, was die Herren hier freilich nicht so scharf thun, so dargestellt — gerade von der rechten Seite, d. h. auch zu einem Theil von den Vertretern der Aristokratie gemacht zu sehen; denn oft ist Aristokratie und Börse eng mit einander verbunden. In Oesterreich z. B. genügt eine gelungene Börsenspekulation, um Jemanden zum „Ritter" zu machen, und Ritter von Ofenheim und Ritter von Goldschmidt sind Aristokraten geworden in Anerkennung gelungener Börsenoperationen. Bei uns haben wir Baron von Bleichröder und Baron von Landau, und ich weiß nicht, welche Namen noch.

(Zuruf.)

— Herr von Minnigerode ruft: „noch mehr". Warum auch nicht? Ich glaube nur, daß ihm und Herrn Stöcker diese Namenslaute in Verbindung mit dem Adel ein gewisses Grauen einflößen müssen über die Verbindung, die da hergestellt ist zwischen Geburts- und Geldaristokratie.

(Heiterkeit! links.)

Mich freut die Umkehr der Konservativen; die Umkehr ist anerkennenswerth. Hat doch hier einmal der Herr Handelsminister von Itzenplitz gegen Herrn Lasker erklärt, daß auch „die Minister zuweilen spekuliren". Nun ist die Umkehr noch anerkennenswerther, weil seinerzeit, als Herr Dr. Perrot begonnen hatte, für die „Kreuzzeitung" Artikel zu schreiben über die „Aera Bleichröder-Camphausen", und er auch den Herrn Reichskanzler in Verbindung gebracht mit der Börsenspekulation und dem Börsengetriebe, er als „Deklarant" ziemlich allein stand. Mich freut es aber, wenn Sie jetzt soweit in der Bekämpfung der Börse, des spekulativen Kapitals gehen, wie das neulich ein konservativer Wahlaufruf in Neusalz an der Oder gethan hat, daß man dort verlangte, das Eigenthum von Rothschild und Bleichröder — es ist ja durch Spekulation erworben — solle der Staat wegnehmen und ihnen eine Rente geben, was wir Sozialisten die Gewährung von Genußmittelannuitäten nennen würden.

(Heiterkeit.)

Wir sind damit ganz einverstanden. Sie auf der rechten Seite sollten nur auch mit uns rufen: Fortsetzung folgt! Sie sollten anerkennen, daß dann auch die Vermögen der Fürst Hatzfeldt, Herzog von Ratibor, Stumm, Krupp und von Minnigerode zu konfisziren sind,

(Heiterkeit)

denen dann ja auch, wenn die Wegnahme des Vermögens in friedlicher Weise sich vollzieht, Genußmittelannuitäten gewährt werden sollen. Ich muß überhaupt sagen, daß auf meine Partei die Bekämpfung des Kapitalismus durch die rechte Seite einen merkwürdigen Eindruck macht. Uns erscheint der Kampf nur als ein solcher zwischen Bodenrente und mobilem Kapital. Wir begreifen um so weniger die Bekämpfung der Vermögenserwerbung durch Spekulation seitens des feudalen Sozialismus — den ich wohl, historisch genommen, so nennen darf —, als er sich doch von diesen Spekulationen nicht fernhält. Schon im Jahre 1847 hat Karl Marx — ich zitire mit Vorliebe die Herren Marx und Lassalle, weil sie sonst von Herrn Stöcker dazu benützt werden, um die unwahre Thatsache zu behaupten, wir seien Anhänger der Börse — über den feudalen Sozialismus gesagt:

> Und im gewöhnlichen Leben bequemen sie sich, allen ihren Reden zum Trotz, die goldenen Aepfel aufzulesen und Treue, Liebe, Ehre mit dem Schacher in Schafswolle, Runkelrüben und Schnaps zu vertauschen.

(Unruhe rechts.)

Meine Herren, diese Spekulationspraxis der Konservativen muß besonders betont werden, weil von diesen draußen im Volke bei den Agitationen die Börse und die Börsensteuer als eine Hauptgrundlage dafür benutzt wird, um zu sagen, wie die Konservativen den Kapitalismus bekämpfen und eintreten wollen für die ärmere Bevölkerung.

— — Nun wird uns gesagt, die Börse müsse man schützen, denn sie sei in enger Verbindung mit der Spekulation. Wir haben Eingaben die Menge bekommen von Börsenverständigen aller Art, und alle haben uns gesagt, was die Börse großartiges geleistet habe. Sie habe Eisenbahnen gebaut, Kabel gelegt, und an Allem, was jetzt an großen Fortschritten vorhanden ist, sei die Börse betheiligt. Meine Herren, die Börse hat das doch wahrhaftig nicht gethan, um der Welt damit einen großen Nutzen zu schaffen, die Börse that es wegen des Profits, den sie machte. Wenn ein Börsenunternehmen „zum allgemeinen Nutzen" nichts einbringt, dann muß der Staat Zuschuß leisten, dann muß der Staat das ausbauen, was die Börse unfertig liegen läßt. Die Börse läßt, wie wir das bei der Berliner Stadtbahn erlebt haben, wenn etwas verkracht ist, Alles verkracht und wüst daliegen, und der Staat, die Gesammtheit des Volkes, muß aus seinen Taschen das verkrachte Unternehmen weiterführen; die Börse opfert nichts, um eine solche Bahn, weil der Allgemeinheit nützlich, auch auszubauen. Wenn der Profit nicht mehr da ist, so läßt sie Alles liegen; ihr ist die Produktivität gleichgiltig, sie will nur Rentabilität. Und trotzdem übt der heutige Staat die Rücksicht und richtet eine „Station Börse" ein.

— — Nun aber, meine Herren, will ich den Vorrednern gern zugeben, daß die Börse nothwendig ist gerade im Interesse des heutigen Staates und zwar zur Unterbringung der Staatspapiere. Die Börse hat sich ja außerdem noch bemächtigt der Industriepapiere. Das halte ich für keinen Vortheil; denn ich weiß, wie außerordentlich der Lohn der Arbeiter mitunter gedrückt wird, um die Dividende ein klein wenig zu erhöhen, weil dann die erhöhte Dividende wieder bessere Kurstreibereien gestattet. Aber, meine Herren, man soll doch nicht vergessen, daß gerade der Staat durch die Staatspapiere der Börse mit ihren Spekulationen hauptsächlich Nahrung zuführt. Der Staat macht Schulden und muß die Schuld unterbringen, und dieses Schuldenmachen des Staates hat großentheils seine Grundlage in dem Militarismus, der ihn zwingt, große Schulden zu machen. Er muß an die Börse gehen und selbst bei solchen Transaktionen wie bei dem Ankauf der Eisenbahnen begibt er sich, um das Aktienkapital unterzubringen, in die Abhängigkeit von der Börse, und es hat gerade der „Giftbaum" — wie so schön einmal ein Minister die Börse nannte — sehr viel goldene Früchte durch die Art der Geschäftsgebahrung gerade dieses Ministers auf sich wachsen sehen.

— — Außerdem — das sollte gerade Herr Sonnemann anerkennen — führt ja das ganze Arbitragegeschäft zu einer Zentralisation der Börse, und der Zug aller Börsenleute geht außerordentlich nach Berlin. Die Breslauer Börsenleute, die in Frankfurt a. M. sagen: hier am Orte geht das Geschäft nicht mehr so gut; sie müssen an dem Orte sein, wo die Zentralisation der Täuschung und Kursmacherei ist,

(Heiterkeit rechts.)

um im richtigen Augenblick eingreifen und mitmachen zu können.

— — Meine Herren, das ist also unsere Stellung zur Börse. Es ist selbstverständlich, daß wir das spekulative Kapital durchaus für so ausbeutend halten als das Industriekapital, und daß wir auf dem Standpunkte des konservativen Wahlaufrufs von Neusalz a. O. stehen, nur daß wir deutlicher sagen: „Her mit dem ganzen Kapital für die produktiven Klassen!"

Meine Herren, unser Standpunkt zum spekulativen Kapital und damit die Stellung der deutschen Arbeiter dazu wird am besten ausgedrückt durch den Satz Lassalle's — der Herr Präsident ist wohl so freundlich und erlaubt mir, daß ich ihn vorlese —, der lautet:

> „Der Rücken der Arbeiter ist also der selbstlose grüne Tisch, auf welchem Unternehmer und Spekulanten das Glücksspiel spielen, zu welchem die heutige Produktion geworden ist. Der Rücken der Arbeiter ist der grüne Tisch, auf welchem sie die Goldhaufen einkassiren, welche ihnen der günstige Coup der Roulette zuwirft, auf welchen schlagend sie sich für den ungünstigen Wurf mit der Hoffnung besserer Chancen für nächstens trösten."

So ist unser Standpunkt in theoretischer Beziehung vor ca. 20 Jahren von Lassalle festgestellt worden, und so stehen wir noch heute.

— — Da ist zunächst als großer Mangel die Kontrole, das Registerbuch, bezeichnet worden. Nun, wir billigen es nicht und halten es für nicht dem staatsbürgerlichem Recht angemessen, daß Einer immerwährenden Untersuchungen durch einen Beamten ausgesetzt ist, aber das feine Gefühl, welches Sie hier für die Börsenleute haben, sollten Sie auch für die armen Arbeiter haben,

(sehr richtig! links)

die durch das Ausnahmegesetz jeden Tag, jede Stunde

(Zuruf: Auch Nacht!)

nicht nur ihre Papiere und Bücher, sondern auch ihre Wäsche, Kleidungsstücke, überhaupt Alles durcheinander werfen lassen müssen, weil nach Verdachtsgründen geforscht wird,

(sehr richtig! links)

und bei solchen Kontrolbüchern ist, wie beim Ausnahmegesetz jeder Arbeiter, jeder Börsenmann verdächtig.

(Heiterkeit.)

— Aussprechen muß ich es aber, daß eigentlich in der Furcht, daß das Geheimniß entdeckt werden könnte, doch wiederum etwas liegt, was deutlich den Mangel unserer ganzen Gesellschaftsordnung kennzeichnet.

— — — Meine Herren, ich bedauere, daß Alles das, was bei uns Wirthschaftszwecke erreichen soll, wie die Börsensteuer — und im Geheimen haben Sie auf der rechten Seite dabei doch einen Wirthschaftszweck im Auge — sich im deutschen Reiche auflöst in einen Steuerzweck, und der frühere Geheime Regierungsrath Wagener hat in seinen Blättern gar nicht Unrecht, wenn er neulich aussprach, daß man im deutschen Reiche, bei unserer Steuerpolitik, deshalb wohl vorzüglich den religiösen Sinn belehen wolle, damit alle Deutschen nachher mit einer Art religiöser Begeisterung die Steuerlasten tragen.

(Heiterkeit! Sehr gut!)

— — Meine Herren, meiner Partei kann es ganz recht sein, wenn Sie den Kapitalisten das Leben etwas schwerer machen, durch sogenannte Kontrole, Steuerkontraventionsfurcht ꝛc. Ich hoffe, daß dann auch die Kapitalisten mürber werden und sich der Sozialdemokratie als einem nothwendigen Fortschritt der Gesellschaft geneigter machen.

(Rufe: Sehr gut! Heiterkeit.)

— — Meine Herren, nach meiner Ueberzeugung wird man der Börse unter den heutigen Zuständen niemals sehr wehe thun, denn der größte Theil der herrschenden Klassen „macht" in Papieren.

(Abgeordneter v. Wedell-Malchow ruft: Leider wahr!)

— — Selbst auf Ihrer Seite (rechts) hat ein Unterzeichner dieses Antrages noch vor ganz kurzer Zeit — ich meine den Herrn Abgeordneten Ackermann — Trinksprüche ausgebracht auf das Gedeihen der Fondsbörse, und erst, seitdem aus der Unterzeichnung weitere Konflikte entstanden sind, scheint nun Herr Ackermann nicht mehr dieselbe Begeisterung für das Gedeihen der Fondsbörse, der Effektenspekulation und dergleichen zu haben

(Hört, hört! links)

und hat sein Syndikat niedergelegt.

— — Meine Herren, ein Minister hat einmal die Börse einen Giftbaum genannt. Ich behaupte nun, daß dieser Giftbaum immanent ist der heutigen Wirthschaftsordnung, daß eben ein Giftbaum da wächst, wo auch ein Giftbaum ist.

(Sehr richtig! links)

Das mag der Minister als Konsequenz seiner Aeußerung in Betracht ziehen. Ich behaupte deshalb, daß das Uebel der Börse, das Uebel, welches uns zeigt, wie der Kapitalist nicht nur seinen Profit aus der Arbeit zieht, sondern wie noch ein großes Spiel mit dem Kapitalprofit, der Bodenrente und dergleichen getrieben wird, und wie der Arbeiter dafür nur die Grundlage und der grüne Tisch ist, — daß dies Uebel und alle, die damit im Zusammenhange stehen, nur aufgehoben werden können durch den sozialistischen Staat.

(Sehr gut! links.)

Zum Kapitel von der freien Liebe.

Den Herren v. Puttkamer und v. Nostiz-Wallwitz gewidmet.

In seiner famosen Rede über die Nothwendigkeit, den kleinen Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig aufrecht zu erhalten, gebrauchte Herr Puttkamer wieder das alte Mittel, die Sozialdemokratie als die Untergrabung jeder Moral, insbesondere aber der „Heiligkeit der Ehe" hinzustellen, als die Verbreiterin der scheußlichen Theorie von der freien Liebe. Es ist dem Schwager und Handlanger Bismarck's von Genosse Grillenberger sofort in schlagender Weise heimgeleuchtet worden, es dürfte aber nicht unzweckmäßig sein, ihm sowie seinem „verehrten" Freunde, dem „nicht mit Revolutionären diskutirenden" sächsischen Minister von Nostiz-Wallwitz, aus dem Bereiche des kleinen Belagerungszustandes ein Bild vorzuhalten, wie ihre nichtrevolutionären, zur Ordnungspartei gehörenden Freunde über dieses Thema denken und handeln.

In dem Städtchen Plagwitz bei Leipzig besteht schon seit zwei Jahren ein Verein unter dem geistreichen Namen: „Mooskopfklub". Er hat sein Lokal im Gasthaus „Insel Helgoland" und zählt zu seinen Mitgliedern meist Fabrikanten, größere Geschäftsleute, Beamte, Gemeinderäthe u. s. w. Ein Bekannter von mir, der auch für die Wahrheit des Gesagten einsteht, hatte im Oktober letzten Jahres die Ehre, von einem ihm nahestehenden größeren Geschäftsmanne, der dem Verein angehört, zu einer Abendunterhaltung eingeführt zu werden, und berichtet mir darüber Folgendes:

Der Vorsitzende dieses Klubs, auch „Obermooskopf" genannt, ist der Direktor einer dortigen Papierfabrik. An dem betreffenden Abend waren ungefähr 14 Mitglieder mit ihren Frauen erschienen und ging es zunächst ganz solide, wie in einem gewöhnlichen Rauchklub, zu. Um halb 10 Uhr änderte sich jedoch die Situation, die Pfeifengeräthe wurden bei Seite gelegt und die Frauen nach Hause begleitet. Nach 10 Uhr waren die Mitglieder wieder erschienen und nach und nach trafen noch mehrere ein. Meinem Gewährsmann wurde nun von dem Vorsitzenden mitgetheilt, daß der Rauchklub geschlossen sei und nun die „ungezwungene Unterhaltung" losgehe. Auf den Tisch wurde ein Aschenbecher gebracht, auf dessen Deckel das Sinnbild der Venus sichtbar war; andere Trinkgläser, mit den unsittlichsten Bildern bemalt, kamen zum Vorschein, und die neuesten Photographien und Karten auf dem Gebiete der Zote und Unflätigkeit zirkulirten.

Der Vorsitzende hielt nun einen Vortrag über verschiedene Gebrauchsweisen der Ehefrauen zur Genugthuung der Wollüstlinge. Mittlerweile wurde es 12 Uhr, der Vorsitzende verkündete, daß es jetzt „losgehe". Zwei Mädchen wurden aus einem anliegenden Tanzsaale geholt und von den Mitgliedern in einer Weise empfangen, die zu schildern mir der Anstand verbietet. Als man nachher die beiden Frauenzimmer auf eine unmenschlich schändliche Art mißbrauchen wollte, widersetzten sich dieselben energisch und erklärten, sie seien zwar Freudenmädchen, aber zu einem unter der Menschenwürde stehenden Genusse gäben sie sich doch nicht her. Daraufhin wurden sie von den Herren „entlassen" weil sie, wie der Vorsitzende bemerkte, „kein Geld verdienen wollten" — echt bourgeoismäßig gedacht!

Jetzt wurde von dem Mitgliede H. ein hübsches 18jähriges Mädchen, das unter seiner Vormundschaft steht, hereingebracht. Dasselbe wußte von Alledem, was man mit ihm vorhatte, nichts; es wurde mit Champagner traktirt und schließlich in einen solchen Zustand gebracht, daß es sich von diesen Bestien zu allen Scheußlichkeiten gebrauchen ließ. Bald darauf

kamen drei aus Leipzig bestellte Freudenmädchen angefahren, sie wurden in das Garderobezimmer begleitet, wo sie sich mit den verschiedenen Herren der Gesellschaft „unterhielten“.

Nachdem diese Unterhaltungen beendigt waren, that sich der Vorhang des Garderobezimmers auf und zu sehen waren unter bengalischer Beleuchtung drei „Feen“ als lebende Bilder. Das erstere Mädchen konnte man hierzu nicht mehr gebrauchen, da es besinnungslos war.

So fand das Schauspiel für diesen Tag sein Ende. Die drei Mädchen erhielten jede ca. 13 Mark, und das dem „Schutze“ des Herrn H. anvertraute Mündel erhielt 35 Mk. Extragratifikation.

Klubabend ist jeden Freitag. Auch werden manchmal sogenannte „Adam und Eva-Bälle“ abgehalten. Vor ungefähr einem Jahre wurde die Gesellschaft dadurch ein wenig gestört, daß der genannte Herr Direktor mit der Frau des Mitgliedes F. ein Verhältniß anknüpfen wollte, und Letzterer auf Drängen seiner Frau hin, wenn auch ungern, den Direktor verklagen mußte. Die Sache wurde dadurch etwas ruchbar. Aber der Anwalt des Klägers, ein Leipziger Advokat (des Vaters ungerathener Sohn), der dem Klub auch einigemale beigewohnt haben soll, brachte einen gütlichen Vergleich zu Stande. Der Verein besteht heute noch weiter. Daß die Behörde von diesem Treiben Kenntniß hat, ist sicher, da richterliche Beamte dem unschuldigen Verein als Ehrenmitglieder angehören. Auch der Wirth des Etablissements ist Mitglied.

Soweit mein Gewährsmann, der, wenn nöthig, öffentlich für die Wahrheit des Obigen einstehen wird.

So, Herr Nostitz-Wallwitz! Das ist in Ihrem gemüthlichen Sachsenlande passirt! Und noch dazu in einem Städtchen, in dem der Belagerungszustand besteht, in dessen Rayon Männer verfolgt und ausgewiesen werden, weil sie Charakter genug haben, ihrer politischen Gesinnung treu zu bleiben. Das ist nur ein Beispiel aus hunderten. Wie viele sind noch unentdeckt, wo das gewöhnliche Volk in das Treiben dieser Gesellschaft nicht hineinsehen kann?

Der heutige Staat ist faul bis in das innerste Mark, Herr v. Nostitz-Wallwitz! Seine Dienerin, die Religion, hat ihre Reize verloren, Herr Puttkamer!

Leipzig, den 26. Januar 1883.

Ein nicht getrauter Familienvater.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 6. Februar 1883.

— Solidarität. Unsere Genossen in Amerika haben soeben einen Beweis großartigster Solidarität an den Tag gelegt. Da die von Staatswegen bewilligten Unterstützungen für die Opfer der schrecklichen Ueberschwemmungen bei Weitem nicht ausreichen, das Elend zu stillen, und da namentlich zu befürchten steht, daß in den Ortschaften der überschwemmten Distrikte, wo unsere Partei stark vertreten ist — also namentlich in den Wahlkreisen Offenbach-Dieburg und Solingen, — die als eifrige Sozialisten, als „Reichsfeinde“, bekannten Personen bei den offiziellen Unterstützungskomites wenig Entgegenkommen finden dürften, so haben unsere amerikanischen Genossen Sammlungen für die ärmsten Opfer der Ueberschwemmungen veranstaltet und beschlossen, den Ertrag derselben den Abgeordneten Liebknecht und Rittinghausen zu übersenden, damit durch Ueberweisung an Arbeiterorganisationen der betreffenden Distrikte eine gerechte und zweckmäßige Vertheilung ohne Unterschied der Parteirichtung bewirkt werde.

Die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ in Chicago (Genosse Paul Grottkau) hat bereits fünftausend Mark zu diesem Zweck an Liebknecht überwiesen. Aber auch in Newyork, Philadelphia ꝛc. werden diese Sammlungen eifrigst betrieben.

Wir glauben, den betreffenden Genossen nicht vorzugreifen, wenn wir in ihrem Namen unseren stets opferwilligen Brüdern jenseits des Ozeans bereits heute von Herzen Dank sagen.

— Aus dem Reichstag. Es ist früher einmal in diesem Blatte die Rede davon gewesen, daß die Majorität des Reichstags unsern Abgeordneten gegenüber eine ganz andere, viel anständigere Haltung beobachte als dies früher der Fall gewesen. An der Thatsache ist nicht zu zweifeln, wenn auch die daran geknüpften Schlußfolgerungen unzutreffend waren. Thatsache ist, daß unsern Rednern von allen Parteien mit der größten Aufmerksamkeit zugehört wird — was freilich nicht auf Sympathie zurückzuführen ist, sondern auf die Erkenntniß, daß wir ein neuer, nicht mehr aus der Welt zu schaffender Faktor des Staatslebens und, namentlich in wirthschaftlichen Fragen, Autorität sind. Die alten Parteien im Reichstag haben begriffen, — wenn sie sich auch wohl hüten, es zu sagen —, daß sie von wirthschaftlichen Dingen absolut nichts verstehen, und daß sie, wollen sie etwas leisten, bei uns, den geächteten Sozialdemokraten, Anleihen machen müssen. Mit dieser Erkenntniß verbindet sich das „durchbohrende Gefühl“, daß sie, die Parteien der herrschenden Klassen, allesammt zerrüttet und zerfahren sind, während die Sozialdemokratie, welche man durch das Sozialistengesetz hatte erdrosseln wollen, seit Erlaß dieses Gesetzes sich innerlich wie äußerlich nach allen Richtungen gekräftigt hat, und den Feinden von rechts und links mit einer Geschlossenheit entgegentritt, welche jede Hoffnung auf inneren Zerfall im Keime erstickt.

Kein Zweifel, man hat Respekt vor uns — allein daraus folgt nicht, daß man gesonnen sei, die sozialdemokratischen Forderungen zu erfüllen, der sozialdemokratischen Bewegung freien Ellbogenraum zu gewähren. Im Gegentheil. Weil man Respekt vor uns hat, wird man auch Alles aufbieten, um uns niederzuhalten. Es ist wahr, an das Sozialistengesetz glaubt die Majorität des Reichstags nicht mehr. Sie hat sich überzeugt, daß es die beabsichtigte Wirkung nicht thut, und betrachtet es mit ziemlicher Gleichgiltigkeit. Dies hat sich recht deutlich durch die Beschlüsse des Reichstags in der Stimmzettelfrage, und die der Wahlprüfungskommission in der Wahlversammlungsfrage gezeigt. Indem der Reichstag einstimmig beschloß, daß die Stimmzettel keine Druckschriften im Sinne des Preßgesetzes und des Sozialistengesetzes sind, und damit eine skandalöse, jedoch juristisch unanfechtbare Entscheidung des Reichsgerichts kassirte oder rektifizirte, zerbrach er eine der vielen Waffen, welche das Sozialistengesetz der Polizei verliehen hatte, und gab der geächteten Partei einen festen Punkt, auf dem sie der Willkür Trotz bieten kann. Und indem die Wahlprüfungskommission einstimmig den Beschluß faßte, daß die Behörden kein Recht haben, Wahlversammlungen, die von Sozialdemokraten berufen sind, und in denen Sozialdemokraten sprechen sollen, auf Grund des Sozialistengesetzes von vornherein zu verbieten, hat sie in das Sozialistengesetz einen kräftigen Riß gemacht und das Sozialistengesetz für die kritische Zeit: für die Zeit des Wahlkampfs, faktisch aufgehoben. Abgesehen davon, daß nach diesem Beschluß der Wahlprüfungskommission, welchem die Sanktion des Reichstagsplenums gewiß ist, über ein Dutzend von Wahlen, namentlich in Sachsen, werden umgestoßen werden müssen — freilich ein platonisches Vergnügen, da das Ungiltigerklären nebst der vorherigen obligaten „Beanstandung“ gewöhnlich die ganze Legislaturperiode ausfüllt — kann die sozialdemokratische Partei bei künftigen Wahlen das Versammlungsrecht für sich in Anspruch nehmen, und kämpft nicht mehr, wie bei den letzten Wahlen, mit gebundenen Händen.

Hierher gehört auch der Beschluß der Petitionskommission des Reichstags, daß dem sächsischen Ausweisungsunfug endlich einmal gesteuert werden soll. Indeß dürfen wir die Tragweite dieser Beschlüsse und Meinungskundgebungen nicht überschätzen. Was sie bedeuten, ist: die Majorität des Reichstags hat eingesehen, daß Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie nichts helfen. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Majorität des Reichstags nun der Sozialdemokratie eine günstigere Lage bereiten wolle. Das fällt ihr nicht ein. Den Strick, welcher sich zu schwach erwiesen hat, will man bei Seite werfen und uns einen festern Strick drehen — das ist Alles.

Herr Hänel, der fortschrittliche Syrupredner, der aber mitunter Gedanken hat, war schon bei der erstmaligen Berathung des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 auf der richtigen Fährte: er schlug eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs nach französischer Manier vor — das sei weit wirksamer. Und das ist wahr. Führte man für Preß- und andere politische Vergehen die hohen Geldstrafen ein, welche die französische Bourgeoisreaktion erfunden hat; setzte man auf gewisse Vergehen gegen Eigenthum, Familie und sonstige „Grundlagen der Gesellschaft“ Gefängnißstrafen von vier, fünf Jahren; und stellte man die politischen Verbrecher vor bürgerliche Geschworene, so wäre man „liberal“, hätte das Odium der Ausnahmegesetzgebung vermieden und käme weiter als jetzt. Natürlich nicht zum Ziel. Indeß, daran denken die Herren vorläufig nicht. Wenn sie uns nur auf dem Boden des gemeinen Rechts ausplündern, einsperren, unsere Presse zerstören können — dann wäre schon viel gewonnen. Und das ist der Schlüssel zu der Erklärung der unleugbar im Reichstag vorhandenen Strömung gegen das Sozialistengesetz: man wünscht eine andere Methode der Erdrosselung. Nun, wir werden auf jedem Terrain unsere Schlacht zu schlagen wissen.

Charakteristisch ist, daß die einzige Fraktion des Reichstags, welche sich mit dem Beschluß der Wahlprüfungskommission nicht einverstanden erklärt hat, die nationalliberale war: ihr Vertreter, Herr Marquardsen, wagte zwar nicht, gegen den Antrag der Referenten zu stimmen, aber er „drückte sich“ vor der Abstimmung. Die Angst der Nationalliberalen vor der Sozialdemokratie raubt diesen traurigen Gesellen das letzte Schamgefühl, und steigert das Opfer des Intellekts (der Einsicht) zum Opfer des gesunden Menschenverstandes. Freilich zu ihrer Entschuldigung muß gesagt werden, daß die letzten Reste des Nationalliberalismus wie im Sturme aus Deutschland weggefegt würden, wenn die Sozialdemokratie einmal auf kurze Zeit freien Flügelschlag hätte. —

Großes Aufsehen hat im Reichstag die Nummer des „Sozialdemokrat“ mit den Notizen über den Tugendbold Puttkamer erregt. Die vorhandenen Exemplare sind wahrhaft verschlungen worden, und auf der Linken und Rechten des Hauses haben Dutzende von Abgeordneten, unter den Augen des verlegen dreinschauenden langbeinigen Schmalschädlers mit dem Bocksgesicht und Ziegenbart, durch Verbreitung des „Sozialdemokrat“ in flagrantester Weise das Sozialistengesetz verletzt. So unangenehm es für den verunglückten Moralprediger und Gesellschaftsretter sein mag, sich ohne Feigenblatt porträtirt zu sehen, so nützlich und nothwendig ist es für uns, unsere Feinde rücksichtslos an den Pranger zu stellen und kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Jeder anständige Gegner billigt dies. Und unter den Parteigenossen gäbe es milde Persönlichkeiten, die es tadeln, daß wir schonungslos Diejenigen geißeln, die uns aus den niedrigsten Motiven zu vernichten trachten? Ich glaube es nicht. Höchstens müßten es Parteigenossen sein, die außerhalb des eigentlichen Kampfes stehen und keine Gelegenheit haben, Püffe und Hiebe zu empfangen und zu geben.

Nur keine „parlamentarische Sprache“; was nicht heißt, daß das Parteiorgan schimpfen solle. Aber treffen soll es, hart, je härter desto besser, immer des goldenen Sprichworts eingedenk: A corsaire corsaire et demi! (Auf einen Schelmen anderthalbe!) Und unter Treffen verstehe ich nicht, daß die Kritik unserer Feinde „so allgemein als möglich“ sei, „wissenschaftlich“, „rein prinzipiell“. Die Prinzipien haben Fleisch und Blut, sie leben in Personen, treten uns persönlich entgegen und müssen von uns, wo und wann sie uns persönlich gegenübertreten, auch persönlich bekämpft und attakirt werden. Nichts ist thörichter als die Abneigung gegen sogenannte „Persönlichkeiten“, „persönliche Angriffe“, der man hier und da begegnet. War etwa Lessing nicht „persönlich“? War Göthe, war Schiller nicht „persönlich“? Lese man doch nur den Anti-Götze und die Xenien. Nein, — so oft uns so ein Puttkammer, oder wie die Inkarnation des heutigen Gesellschaftsschmutzes sich sonst nennen mag, in den Wurf kommt, dann tüchtig drauf! Wie gesagt, selbst die anständigen Gegner billigen dies, und durch kräftige Hiebe gewinnen wir mehr Achtung als durch feiges Gewinsel.

Soweit unser Korrespondent. Was seine letzten Ausführungen anbetrifft, so wollen wir bei dieser Gelegenheit noch eine Stelle aus der prachtvollen Schlußrede Liebknecht's in der Debatte über seinen Antrag „Abschaffung der verschiedenen Ausnahmegesetze“ zitiren. Liebknecht sagte da:

„Man hat uns ferner zugemuthet, wir sollen unsere Parteipresse im Auslande desavouiren, unsere Entrüstung ausdrücken über den heftigen Ton dieser Presse, demüthig pater peccavi sagen! Ei, das fällt uns nicht ein! ... Aber daß unsere Presse, das Organ der Opfer des Sozialistengesetzes, der Empörung, dem Zorne, der Wuth der mißhandelten Opfer in leidenschaftlicher Weise Ausdruck gibt, das versteht sich einfach von selbst.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

In den Reichstagsverhandlungen der vergangenen Woche haben unsere Genossen nur zweimal das Wort ergriffen. Frohme sprach am 31. Januar gegen den verschämten oder, wenn man will, unverschämten Zwangsinnungs-Antrag des Erzreaktionärs Ackermann, indem er den reaktionären Charakter desselben und die Zwecklosigkeit für Diejenigen, denen er angeblich helfen soll, nachwies. Dem Junker Kleist-Retzow, der behauptet hatte, daß wir nur deshalb dem Handwerk den Segen der Zwangsinnungen vorenthalten, um unsere Revolutionsarmee zu vermehren, antwortete Frohme sehr gut:

„Wir werden also, wie gesagt, gegen den Antrag stimmen, ohne uns irritiren zu lassen durch den Hinweis des Herrn Abgeordneten v. Kleist-Retzow, daß es nur darauf ankomme, eine Revolutionsarmee zu schaffen. Diese Armee, meine Herren, schaffen Sie, die Männer der herrschenden Klassen, und zwar nicht zum geringsten Theile durch Ihre, von blasser Angst eingegebenen grundverkehrten Maßnahmen zur angeblichen „Verbesserung“ der Lage der Handwerker, Arbeiter und Bauern. Wir können immer nur mit denjenigen Elementen rechnen, die der von Ihnen geleitete Gesellschaftszerstörungsprozeß für uns auswirft. Diese Elemente zu schaffen, dazu, meine Herren, sind wir nicht in der Lage, dazu sind eben Sie da — das ist Ihr „geschichtlicher Beruf“ — und zwar ein sehr verhängnißvoller!“

Am Tage darauf trat Genosse Stolle beim Postetat kräftig für die Landbriefträger ein, für die im Etat „im Hinblick auf den Umfang und die zunehmende Beschwerlichkeit und Verantwortlichkeit des Dienstes“ eine Erhöhung ihrer kärglichen Besoldung von 570 auf 580 Mark, d. h. um ganze 10 Mark pro Jahr angesetzt ist, während für eine ganze Anzahl von höheren Beamten Gehaltserhöhungen von 300 Mark und mehr vorgeschlagen sind. Bei dieser Gelegenheit polemisirte Stolle gegen Herrn Stöcker, der für die Sonntagsheiligung um des Seelenheils der Postbeamten willen eingetreten war. „Was nützt es“, sagte er sehr richtig, wenn sie — die Briefträger — Sonntags in die Kirche gehen und von Herrn Stöcker eine Sonntagspredigt anhören mit hungrigem Magen“, worauf ihn der Präsident mit der sehr geistreichen Bemerkung unterbrach: „Von Sonntagspredigten ist bei diesem Titel nicht die Rede.“

Was unsere Abgeordneten sonst mit Post-Stephan zu reden haben wird ihm bei der dritten Lesung des Etats gesagt werden.

— Ein Stündchen Heuchelei war die am 26. Januar stattgehabte Reichstagsdebatte über die Interpellation von Schalscha. Dieser ultramontane schlesische Magnat führte nämlich bittere Klage darüber, daß im vorigen Sommer einmal in Cosel Soldaten zu einem katholischen Staatspfarrer zur Messe geführt worden seien. Das Unrecht besteht nach der Ansicht dieses Junkers nun nicht darin, daß auf die Soldaten ein Zwang ausgeübt wurde, sondern daß es ein räudiger Hirte, ein ehemaliger Kulturkampfpfaffe war, zu dem die Heerde geführt wurde.

Zunächst ist das Geständniß sehr interessant, wie es mit dem „freiwilligen“ Kirchenbesuche im Heere überhaupt bestellt ist:

„Nun, meine Herren, was das „freiwillig“ bedeutet, das wissen wir ja im Allgemeinen; ich möchte Das, was hier am Anfang der Woche bereits zur Sprache gebracht worden ist, nicht noch einmal zur Sprache bringen, es widerstrebt mir als altem Soldaten, hier Dinge noch einmal ausführlich auseinanderzusetzen, die anerkannt sind und deren häufige Besprechung von dieser Stelle nicht geeignet ist, zur Befestigung der Disziplin beizutragen.“

Welch' nette Logik!

Aber es kommt noch besser.

Nachdem Herr von Kameke natürlich geantwortet, daß der Kirchenbesuch „freiwillig“ gewesen, geht der gleichfalls klerikale Junker Ballestrem in's Geschirr:

„Ich will selbst nicht annehmen, daß seitens anderer unterer Vorgesetzter, Unteroffiziere und Feldwebel, ein gewisser moralischer Zwang geübt wird, daß z. B. Die, welche sich nicht zum Kirchgang melden, zu den lästigsten Dienstleistungen alsdann herangezogen werden; ich will selbst dies nicht annehmen, aber soviel mir die militärischen Verhältnisse bekannt sind, genügt ein solcher Befehl, um Jeden zur Stelle zu bringen.“

Herr Ballestrem ist bekanntlich Hauptmann bei der Kavallerie, er schwatzt also aus der Schule. Und nun kommt nach ihm Herr Windthorst und erklärt:

„Ob es richtig ist, überhaupt eine Militärseelsorge zu haben, darüber läßt sich streiten. Bei geordneten Verhältnissen auf kirchlichem Gebiet würde ich ganz entschieden für die Militärseelsorge sein.“

Das heißt, wenn wir erst am Ruder sind, dann ist der Zwang, gegen den wir heute protestiren, gut und schön. Und darauf stellt sich der alte Knabe hin und ruft pathetisch aus: „Die Noth des katholischen Volkes schreit zum Himmel!“

Als es sich aber darum handelte, durch Annahme des Antrags Liebknecht den ernsten Willen zu bekunden, daß man allen Ausnahmegesetzen und damit auch der „himmelschreienden Noth“ des katholischen Volkes ein Ende machen wolle, da waren die frommen Herren plötzlich „nicht zu Hause“. Und das nennt sich Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht“!

— Madai wieder an der Arbeit. Der Schuhmacher Heinrich Nölle, dessen Frau demnächst ihrer Niederkunft entgegensieht, ist, wie die Zeitungen berichten, aus Berlin ausgewiesen worden. Warum? Um den Arbeitern zu zeigen, daß Er und sein famoses Sozialistengesetz auch noch da sind, und ihnen dadurch einen „heilsamen Schrecken“ einzujagen. Nun, mit dem Schrecken ist es nicht weit her, aber gutgeschrieben wird dem Herrn diese Infamie dennoch. Man wird ihm nichts schuldig bleiben.

— Eine Tragikomödie im Gerichtssaal. Aus Dresden, den 2. Februar, schreibt man uns: „Donnerstag, Vormittag 11 Uhr, Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht gegen den Kaufmann Johann Karl Friedrich Elias Schmidt aus Dresden wegen betrüglichen Bankrotts und Urkundenfälschung“ — diese Ankündigung zog heute schon in früher Morgenstunde eine ansehnliche Menschenmenge nach dem Justizpalast. Und zwar waren es hauptsächlich Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, welche zu bemerken waren; — und außerdem eine erkleckliche Anzahl Polizisten: die Herren Paul und Fichtner nebst Troß, jedoch mit wunderbar gedrückten Physiognomien, während die Gesichter der Sozialdemokraten nichts weniger als gedrückte Stimmung verriethen. Und dies wird dem Leser sehr natürlich erscheinen, wenn er erfährt, daß besagter Schmidt mit den vielen Vornamen der famose Agent und Korrespondent der Dresdner und sonstiger deutschen Polizeispitzen ist. Es war keine Kleinigkeit, in den Schwurgerichtssaal zu kommen — alles Mögliche war gethan, um den Eintritt zu erschweren. Beiläufig ganz überflüssiger Weise, denn, wie sich von jedem Vernünftigen voraussehen ließ, waren alle möglichen Vorkehrungen getroffen, um den Prozeß hübsch glatt sich abwickeln zu lassen und jegliche Abschweifung auf das politische Gebiet zu verhindern. Wer skandalöse Polizeienthüllungen erwartete, fand sich unter solchen Umständen in seinen Erwartungen getäuscht. Desto höheren Werth vom künstlerischen Standpunkte hatte das Justizschauspiel, welches aufgeführt wurde. Eine Farce war's nicht — ein wahres Kabinetstück, eine künstlerische Leistung ersten Ranges. Herr Gerichtsdirektor Mangold, Herr Staatsanwalt Luft, Herr Vertheidiger Fränzel, und — ja nicht zu vergessen — der Ehrenmann ꝛc. Schmidt hatten die Rollen vortrefflich unter sich vertheilt, und alle spielten ihre Rollen vortrefflich. Herr Mangold brachte es fertig, nicht zu lachen, und ꝛc. Schmidt hätte es beinahe fertig gebracht, zu weinen. Mit großer Ausdauer heftete er seine Augen auf Herrn Mangold, um den Blicken der ihn beobachtenden Sozialdemokraten auszuweichen. Er sah etwas reduzirt aus, der brave Agent und Korrespondent unseres Paul und unseres Weller, jedoch zu gleicher Zeit resignirt und vertrauensvoll. Er wußte, daß man ihn auf zehn Jahre ins Zuchthaus schicken konnte: und daß er nur durch — verständnißvolle Füg- und Schmiegsamkeit sich ein milderes Urtheil erwirken konnte. Er stammelte einige Entschuldigungen und versuchte keine Vertheidigung. Wenn er seine Flucht berührte und den Namen Zürich nannte, so geschah es nur, um eine bedeutungsvolle Pause zu machen und ein anderes Thema zu berühren.

Meisterhaft war die Vernehmung der Zeugen. Einer verräth Lust, über die gezogenen Schranken hinwegzuspringen; Herr Mangold war aber bei der Hand und lenkte alles zum Besten. Der Staatsanwalt that gleichfalls seine Schuldigkeit und auch der Herr Vertheidiger war „nicht ohne“: Er stellte das Schicksal seines Klienten den Geschwornen und dem hohen Gerichtshof anheim.“ Alles ging glatt, wie am Schnürchen, und als schließlich Herr Schmidt zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt war, wäre um ein Haar applaudirt worden — so hübsch war die Aufführung gewesen.

Nun — im sächsischen Landtag wird noch ein kleines Nachspiel folgen.

Erwähnt sei nachträglich noch, daß Herr Schmidt schon vor seinem Bankrott wegen Diebstahl, Unterschlagung und Betrug zu neunmonatlichem Gefängniß verurtheilt war — eine Thatsache, welche die Polizeimoral in noch hellere Beleuchtung bringt, als sie bisher war.

— Für das „verfassungsmäßige Reichsoberhaupt“. Einen Soldaten der hiesigen Garnison, so schreibt man uns aus Harburg, welcher sich vor ca. 14 Tagen von hier heimlich entfernt hatte, fand man in einem benachbarten Dorfe in einer Scheune versteckt und zwar in einem solchen Zustande, daß derselbe sofort in das Krankenhaus geschafft werden mußte, wo man ihm beide Beine hat amputiren müssen. Der Unglückliche, welcher bereits sechs Tage in der Scheune zugebracht hatte, soll freiwillig den Hungertod gesucht haben, um sich den Drangsalirungen seines Feldwebels zu entziehen. „O welche Lust, Soldat zu sein“.

Da „das verfassungsmäßige Reichsoberhaupt“ mit so großem Eifer die Soldaten vor Mißhandlungen Seitens der Vorgesetzten zu schützen beflissen ist, so werden wir hoffentlich bald hören, daß der betreffende Feldwebel gehörig bestraft und mit Schimpf und Schande kassirt worden ist. Wer hat Lust, darauf eine Wette einzugehen? Wir bieten den rothen Adlerorden erster Klasse gegen einen bleiernen Hosenknopf.

— Wie die rheinischen Arbeiter den ultramontanen „Staatsmännern“ den Rücken kehren. Aus Köln erhalten wir unterm 26. Januar folgende Zuschrift:

Am letzten Sonntag haben die Schwarzen hier eine Niederlage erlitten, wie man sie sich nicht schöner wünschen kann. Von einem gemischten Komite war eine große Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung „Die Arbeitsbücher“ einberufen worden, zu welcher der ultramontane Abgeordnete Bachem, aber auch — ohne daß die frommen Herren etwas davon wußten — unser Genosse Kayser erschienen war. Der Abgeordnete für Köln, Herr Custodis, ließ sich entschuldigen. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung kennzeichnete Kayser die schwankende Haltung der Zentrumsmänner und empfahl eine energisch gehaltene Resolution gegen das klerikal-konservative Attentat auf die Ehre der Arbeiter, die auch einstimmig angenommen wurde. Der Aerger der Ultramontanen ist so groß, daß ihr Organ, die hiesige „Volkszeitung“, im Laufe der Woche einen Artikel brachte, in welchem sie uns, wenn auch nicht direkt, so doch — beinahe der Polizei denunzirte. Am nächsten Sonntag soll wieder eine Arbeiterversammlung stattfinden.“

(Ist auch geschehen, und hat gleichfalls mit einer eklatanten Niederlage der Ultramontanen geendet. Genosse Grillenberger referirte über die bekannte Petition der Berliner Fachvereine (Normalarbeitstag ꝛc.), welche trotz ultramontaner Opposition von der über 1500 Personen zählenden Versammlung mit erdrückender Mehrheit angenommen wurde.

— Herr Ewald, so schreibt man uns aus Berlin, hat erklärt, daß er „den Kampf mit den Sozialdemokraten aufnehmen“ wolle, und geprahlt, daß er sein Blatt nächstens in vergrößertem Format und „mit mehr als ausreichenden Mitteln“ werde erscheinen lassen. Sehr schön. Herr Ewald hat damit bloß das Dunkel beseitigt, welches bisher noch über ihm schwebte, und den Beweis geliefert, daß er nicht auf eigene Faust, sondern auf Rechnung der Stöcker, Mabai und Konsorten Geschäfte machen will. Nun — mit den Geschäften ist's vorbei. In diesen und ähnlichen Fällen heißt: erkannt sein, bankrott sein. Unter den Berliner Arbeitern ist für politische Schwindler kein Boden. Die hiesigen Parteigenossen sind — gerade weil sie den Hauptangriff der Reaktion auszuhalten und von vornherein allen möglichen Mitteln der Unterdrückung und Verführung die Stirn zu bieten hatten — so vortrefflich geschult, daß sie mit bewunderungswürdigem Takte die unter den verschiedenartigsten Masken und Verkleidungen sich nahenden Feinde herauszufinden und zu entlarven wissen. Herr Stöcker mit der eisernen Stirn, der gestern um ein Haar wegen rohen Vorgehens gegen die parlamentarische „Zucht und Sitte“ vom Präsidium auf Grund der Geschäftsordnung gemaßregelt worden wäre, kann ein Liedchen davon singen. Oder auch mehrere.

— Neupreußische Polizeiwirthschaft. Auf eine in Nr. 52 des „Sozialdemokrat“ enthaltene Korrespondenz aus Hannover theilt man uns von dort mit, daß es in der That gar nicht wahr ist, daß auf dem betreffenden Paket, welches Exemplare des „Sozialdemokrat“ enthalten haben „soll“, der Name unseres Genossen Flügge figurirte. Es war vielmehr der Name eines Kaufmanns angegeben, und weil in dessen Nebenhause der ihm als Sozialist bekannte Flügge wohnt, so „nahm“ die löbliche Polizei in ihrer unergründlichen Weisheit „an“, Flügge sei der Absender, behaussuchte und verhaftete ihn und stellte scharfsinnige Handschriftenvergleiche an. Als schließlich am 20. Januar die Sache zur Verhandlung kam, wußten weder Staatsanwalt noch Polizeikommissar, was überhaupt in dem betreffenden Paket enthalten war, und die Sache wurde auf einen späteren Termin zurückgesetzt, um „neues Material zu sammeln.“ Eine schönere Polizeiwirthschaft läßt sich wohl kaum denken!

— Oesterreich. Aus dem Lande der Korruption und Niedertracht sind natürlich in erster Reihe nur Verhaftungen und Verurtheilungen zu melden. In Brünn wurden hinter verschlossenen Thüren die Sozialisten Schallinger, Brestan und Roza zu 18, 3 und 4 Monaten schweren Kerkers verurtheilt, in Wien der Anarchist Neve, ehemaliger Expedient der „Freiheit“, verhaftet. Deutschland soll des Letzteren Auslieferung beantragt haben. Die Regierung hat zwei liberalen Schandblättern, „Extrablatt“ und „Tagblatt“, den Einzelverkauf untersagt, weil sie Opposition heuchelten. Darob große Entrüstung unter den Liberalen, die, als sie am Ruder waren, die damalige Oppositionspresse in gleicher Weise brutalisirten.

In der inneren Politik blüht der politische Schacher. Die verschiedenen nationalen Fraktionen verschachern gegenseitig ein Volksrecht nach dem andern, und trotzdem jetzt eine christlich-konservative Regierung ein Ruder ist, blüht der Konzessionsschwindel womöglich noch stärker als unter dem „liberalen“ Gründerministerium. Die Herren haben sich gegenseitig wirklich nichts vorzuwerfen, sie vertreten eben alle miteinander Ausbeuterinteressen. Und wo Ausbeutung ist, herrscht auch Schwindel und Diebstahl.

— Belgien. Wiederum ist einer unserer Genossen dem belgischen Gesetz über, will sagen gegen die politischen Flüchtlinge zum Opfer gefallen. Am 26. Januar wurde, wie man uns aus Brüssel mittheilt, der Genosse Juckblack, Handschuhschneider, aus Belgien ausgewiesen. Bericht über die näheren Umstände folgt.

Korrespondenzen.

— **Hamburg**, 23. Januar. Eine Versammlung, wie Hamburg sie lange nicht mehr gesehen, fand am gestrigen Abend im großen Saale des Konvent-Gartens statt. Einberufen war dieselbe von der Fortschrittspartei; die Arbeiter Hamburgs aber benutzten sie, um demonstrativ gegen die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher — dieses war die Tagesordnung — zu protestiren. Jeder Arbeiter, der die Versammlung besuchte, begriff es, ein jeder Arbeiter, der diese Korrespondenz liest, wird es von vornherein verstehen, daß Fortschrittspartei und Sozialdemokratie niemals Arm in Arm eine Arbeiterfrage zu diskutiren vermögen. Aber, wird man fragen, die Fortschrittspartei muß doch ein Interesse daran haben, die Arbeiter in dieser Sache zu Worte kommen zu lassen, sonst würde sie die Versammlung nicht einberufen haben? Gewiß hat sie ein Interesse daran und zwar ein sehr klares: sie will ihre Partei stärken.

Als ein Wahlmanöver betrachteten alle Redner des Arbeiterstandes die Einberufung der Versammlung. Ich muß eine Mittheilungen vorausschicken, bevor ich den Kern der Diskussion wiedergebe; dadurch wird sich das Vorgehen der Arbeiter ohne Weiteres rechtfertigen. Es war Ende Dezember v. J., als die Vorstände der Fachvereine Hamburgs ein Gesuch bei der Behörde um Abhaltung einer Versammlung betreffs Protesterhebung gegen Einführung der Zwangs-Arbeitsbücher einreichen. Das Gesuch wurde zurückgewiesen. Man wendete sich nun an den Gesammt-Senat der „Freien Hansa-Stadt Hamburg“. Dieser, der Edelste der Edlen, ließ antworten, — ohne irgend welche Gründe anzugeben —: daß auf das Gesuch nicht einzugehen sei! Höre Deutschland, was die Senatsweiterschaft in der „freien“ Hansastadt fertig bringt! Dieser Senat, die Zuchtruthe des Fürsten Bismarck für die Hamburger Arbeiterbevölkerung, wäre nach § 13 des Hamburger Vereins- und Versammlungsgesetzes verpflichtet gewesen, Gründe für seine Antwort anzugeben. Aber an wen appelliren? Der Senat ist laut der Hamburger Verfassung die höchste Instanz.

Wer ist es, frage ich, der noch sagt, daß hier das Sozialistengesetz „loyal“ gehandhabt wird? Die Fortschrittspartei, die schon am 8. Jan. versprochen hatte, Massenversammlungen für die Arbeiter abzuhalten, ließ sich endlich herbei, zum 22. d. M. eine derartige Versammlung einzuberufen, was, wenn es auch herzlich spät geschehen, immerhin doch zu loben ist.

Das Benehmen der Fortschrittler in der Versammlung aber war durchaus verwerflich. Anstatt die Geschäftsordnung demokratisch zu handhaben und das Büreau aus der Versammlung hervorgehen zu lassen, spielte man sich in absolutistischer Manier gleich als Partei aus. Nur die unbeschränkte Redefreiheit ließ man gütigst walten.

Der erste Redner war ein Fortschrittler, der mit einigen Brocken sich dahin verständlich machte, daß er und die Fortschrittspartei gegen den Antrag Ackermann und Genossen seien, weil der Antrag reaktionär und, falls er vom Bundesrath und Reichstag angenommen würde, für die Arbeiter von großem Nachtheil sei. Er brachte eine diesbezügliche Resolution ein, in welche sich „die heutige Fortschrittsversammlung“ gegen diesen Antrag verwahre und den hohen Reichstag bitte, den Antrag abzulehnen. Jetzt war es an der Zeit, daß die Arbeiter sich regten. Zu Partei-Sonderinteressen lassen sie sich nicht gebrauchen. Alle ihre Redner, es waren wohl fünfzehn an der Zahl, sprachen sich scharf gegen den Antrag Ackermann und Genossen aus, alle kritisirten die Begründung desselben in schärfster Weise. Man widerlegte die Behauptung, daß durch die Arbeitsbücher die Vagabondage schwinde, und wies dagegen nach, daß sie ein Hemmschuh jeder freien Bewegung sein würden. Schafft Brod, rief man den reaktionären Staatsrettern zu, so schwindet das Vagabundenthum von selbst. Fahrt Ihr aber so fort mit Euren Unterdrückungsmaßregeln, leistet ihr fernerhin dem Ausbeuterthum Vorschub, macht Hunderttausende zu Vagabonden und bringt sie in die Gefängnisse oder Zuchthäuser, so ist unser einzigster Wunsch der, daß die Thüren dieser Anstalten nicht für die armen Elenden, sondern für Euch, die Ihr diese dazu gemacht, geöffnet sein mögen, und daß Ihr selbst mit den Prügeln bedacht werdet, welchen ihr den sogenannten Vagabunden in herzlicher Menschenliebe zugedacht habt! Auch wies man nach, daß dieser Antrag, falls wirklich zum Gesetz erhoben, nicht einmal ausführbar sei. Dieses das Sachliche an den Ausführungen der Arbeiter Redner.

Schärfer noch sprach man sich gegen das Benehmen der Fortschrittspartei aus. Man schleuderte ihr die arge Inkonsequenz ihres Verhaltens ins Gesicht: Ihr hättet längst maßgebende Partei sein können, wenn Ihr gehalten hättet, was Ihr versprochen habt. Ein solcher Antrag wie der Ackermann'sche könnte dann gar nicht zur Diskussion stehen. Ihr wollt heut Abend mit uns gegen ein Ausnahmegesetz protestiren, und noch vor Kurzem im Reichstag wußtet Ihr nicht, wie Ihr Euch um den Liebknecht'schen Antrag, der da sagte: Abschaffung aller Ausnahmegesetze, am Bequemsten herumdrehen wolltet. Ferner müßt Ihr wissen, daß dieser Antrag nur ein Ausfluß der reaktionären Strömung ist, die sich auf wirthschaftlichem und politischem Gebiet in Deutschland bemerkbar macht. Dieser Antrag liegt direkt im System, und doch seid Ihr es, die zur Erhaltung unseres heutigen Regierungssystems und damit eben zur Aufrechterhaltung derselben Reaktion, gegen welche Ihr schöne Reden schleudert, das Geld bewilligt. Kurz, Ihr seid keine Partei, welcher wir unsere Resolution anvertrauen können und fühlen wir uns deshalb gezwungen, Eurer Resolution eine andere, wie folgt, entgegenzustellen:

„In Erwägung, daß die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher dem Arbeiter den letzten Rest persönlicher und politischer Freiheit vollständig zerstört, erklärt die heutige Versammlung sich ganz entschieden gegen Einführung dieser Maßregel. In fernerer Erwägung, daß diese Frage eine reine Arbeiterfrage ist und daher die Arbeiter ein Interesse daran haben, daß sie nicht von einer einzelnen Partei, zu deren Sonderinteresse mißbraucht wird; in weiterer Erwägung, daß die Fortschrittspartei prinzipielle Fragen nicht mit der gehörigen Konsequenz vertritt: erklärt die heutige Versammlung, daß das Recht der Arbeiter in der gehörigen Weise nur in den Versammlungen, die von Arbeitern einberufen und geleitet werden, gewahrt wird.“

Dieses die Resolution. Wie es ihr erging, brauche ich wohl kaum zu sagen. Sie kam zwar nicht formell zur Abstimmung, wurde aber doch faktisch angenommen, ja so glänzend wie möglich angenommen, indem die Versammelten nahezu einstimmig die Resolution der Fortschrittler verwarfen und sofort darauf durch das Verlassen des Lokals dokumentirten, daß die Resolution der Arbeiter die beste sei. Das war ein Protest, wie er sein soll, es war ein Triumph für die Hamburger Arbeiter, die zu mehreren Tausenden erschienen waren.

So, Genossen allerorts, trägt man in Hamburg auch jetzt noch heiteren Muthes zur Schau, wer man ist und was man will. Hinzufügen muß ich noch, daß der zweite Punkt der Tagesordnung, die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches betreffend, nicht erledigt werden konnte, da die Zuhörer vollständig fehlten, die vor etwa fünf Minuten noch über 3000 an der Zahl waren.

Welch betrübendes Bild für die Harmonieapostel! Rothbart.

— **Stuttgart**, 24. Januar. Unser „Honold“, der, wie wir Ihnen neulich mittheilten, aus dem Staatsdienste entlassen wurde, hat wieder ein Unterkommen im städtischen Dienste gefunden. Das Amt eines Polizeikommissärs, welches er bisher provisorisch verwaltete, ist ihm jetzt definitiv übertragen. Ob er Besserung, besonders in Bezug auf seine Liebesaffaire und seinen Umgang mit liederlichen Frauenzimmern, gelobt hat, wissen wir nicht, jedenfalls steht aber fest, daß er jetzt, nach seiner „festen“ Anstellung, auch glaubt, „fester“ gegen uns Sozialdemokraten vorgehen zu müssen.

So wurde vorige Woche bei Genosse Steiner und dessen Braut gehaussucht, Steiner verhaftet und dem Gericht überliefert, welches auch nichts Eiligeres zu thun hatte, als ihn in Untersuchungshaft zu nehmen. Der Verhaftete war von der Frau eines Arbeitskollegen denunzirt worden, den „Sozialdemokrat“ verbreitet zu haben. Sehr verständig benahm sich bei der Gelegenheit der Arbeitgeber Steiner's. Als dieser vernahm, um was es sich handle, entließ er sofort den Mann der Denunziantin aus der Arbeit, da er mit einem Manne, dessen Frau eine Denunziantin sei, nicht verkehren wolle. Als die Frau des Entlassenen die Nachricht der Arbeitsentziehung vernahm, benachrichtigte sie sofort die Polizei davon und unser schwarzwälder Polizeiinspektor Kern machte sich sofort auf die Socken, um den betreffenden Arbeitgeber „kraft seines Amtes“ zu fragen, wie er sich unterstehen könne, einen Arbeiter, „dessen Frau nur ihre Pflicht gethan“, deshalb zu entlassen. Es scheint, als ob unser biederer Kern, der etwas lahmen Verstandes ist, seine Unwissenheit als hinreichenden Grund betrachtete, hier eingreifen zu dürfen. Der betreffende Arbeitgeber ließ sich indeß nicht so leicht ins Bockshorn jagen; Kühl bis an's Herz hinan, erklärte er dem verdutzten Polizeiinspektor, daß es ihm gar nicht einfalle, den Entlassenen wieder einzustellen. Kern, dessen Gesicht bei dieser Erklärung von Wuth dreieckig wurde, wie Jehova auf alten Gesangbüchern, rief jetzt dem dabeistehenden entlassenen Arbeiter zu: „Wenn Der Ihnen keine Arbeit geben will, so schaffe ich Ihnen welche“. Und es geschah also: am nächsten Tag konnte „der Mann seiner Frau“ beim Hofschuhmachermeister wieder zu arbeiten anfangen; doch scheint's, als ob er vor seinen Arbeitskollegen Angst hat, denn er arbeitet nicht in der Werkstelle, sondern in seiner eigenen Wohnung.

Weiter ist noch zu berichten, daß am letzten Freitag bei sechs Genossen Haussuchung stattfand, angeblich nach verbotenen Schriften. Da die Geschichte resultatlos verlief, verschwendete Freund Kern am nächsten Tage bei zweien der Behausuchten noch einmal den Ueberfluß von Einfalt, den ihm die gütige Natur beschieden, d. h. er suchte noch einmal, fand aber nichts. Auch bei dieser Gelegenheit ist Denunziation im Spiel, die aber noch näherer Aufklärung bedarf.

Von weiteren Großthaten von Polizei und Gericht ist noch zu vermelden, daß der aus Berlin ausgewiesene frühere Gastwirth Graßnick wegen Verbreitung des „Sozialdemokrat“ nach sechswöchentlicher Untersuchungshaft zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

Auch der hiesigen Freidenkergemeinde suchten die Stuttgarter Gewaltigen eins auszuwischen: es wurde ihr nämlich verboten, ihre „Erbauungs“versammlungen des Sonntags Vormittags abzuhalten; das ist wahrscheinlich die Strafe dafür, daß in Deutschland noch Leute es wagen, zu erklären, daß sie frei denken wollen; sollte in Deutschland doch eigentlich gar nicht mehr vorkommen!

Ferner wurde noch Genosse George, Ausgewiesener aus Leipzig, zu fünf Tagen verdonnert, weil er in einer Wirthschaft ein Lied gesungen, das mit „Vive la Commune!“ schloß. Verdient hat George die fünf Tage reichlich, denn wie kann man bei uns in Deutschland noch singen! Bei der Verhandlung meinte der Staatsanwalt, ein Hoch auf die Kommune sei grober Unfug, denn jeder (!) Mensch halte dieselbe doch für verabscheuungswürdig. Ob der Mann wohl mehr von der Kommune weiß, als daß sie in Paris war?! Genial ist auch eine weitere Auslassung desselben Herrchens. In dem betreffenden Liede kommt auch die Strophe vor: Die Freiheit steiget auf den Thron. Unser Staatsanwalt definirt nun, eigentlich sei George wegen Gott weiß was Allen zu bestrafen, denn: „wenn die Freiheit auf den Thron steigen solle, so müsse das, was jetzt darauf sitze, erst hinunter“, und das involvire einen direkten Angriff auf „Se. Majestät“. Zwei hätten also seiner Meinung nach oben nicht Platz; nun, der Mann mag Recht haben!

Das wäre so unser Stuttgarter Allerlei. Im Uebrigen hoffen wir, daß der Tag des Gerichts kommen möge, ehe uns alle diese edlen Seelen aus dem Leben entwischen.

Sprechsaal.

Auf verschiedene Anfragen bezüglich der von den Herren **J. Obrist** und **Moses Oppenheimer** gegen mehrere Züricher Genossen ausgesprengten Gerüchte, bemerken wir, daß dieselben lediglich Racheakte sind, diktirt von der Wuth über einen verunglückten Versuch, die Parteikasse für Privatzwecke zu brandschatzen. Die Angelegenheit im Parteiorgan auseinanderzusetzen, dazu fehlt es an Raum; wir bemerken daher hiermit nur zur Charakteristik der Situation, daß die angeblichen „Opfer“ **Obrist** und **Oppenheimer** von vornherein darauf verzichteten, ihre Angelegenheit vor einem Parteiforum zu erledigen; sie trugen vielmehr dafür Sorge, ihre Verläumdungen der sozialisten-hetzerischen Lokalpresse zugängig zu machen.

Was speziell Herrn **Oppenheimer** betrifft, so findet sein Verhalten in der hiesigen Parteimitgliedschaft einstimmige Verurtheilung, und hat derselbe nur dem Umstande, daß er es vorgezogen hat, sich derselben gar nicht erst anzuschließen, zu verdanken, daß er nicht aus derselben ausgeschlossen worden ist. Von Seite der Züricher Mitgliedschaft liegt übrigens bereits der Antrag auf Entfernung des Herrn **Oppenheimer** aus der Partei der nächsten Parteiberathung vor.

Der Lokalausschuß der Züricher Mitgliedschaft:
L. Tauscher, Schriftsetzer, 1. Vertrauensmann.
K. Manz, Buchbinder, 2. Vertrauensmann.
J. Kappes, Schneider, Kassier.

Anfrage. Die Brüsseler Genossen richten an die Genossen in Gent und Verviers hiermit die Anfrage, warum sie den Brief in Sachen der Parteiberathung nicht beantworten.

Zur Nachricht.

Auf die wegen Nr. 1 des „Sozialdemokrat“ eingegangenen Reklamationen zur Auskunft, daß ein Theil derselben gekapert wurde. Der Ersatz kam gleich nach Nr. 2 zur Versendung, muß aber am Aufgabeort lange Zeit liegen geblieben sein und zum Theile jetzt noch dort lagern, da immer noch Nachfragen einlaufen. Auf wiederholte Erkundigungen unserseits erhielten wir keinen Bescheid. Unangenehm ist die Sache auch deshalb, weil den Sendungen Zirkulare beilagen, welche viele spätere Korrespondenzen überflüssig gemacht hätten, wenn sie rechtzeitg eintrafen.

Die Expedition.

Briefkasten

der Redaktion: Raummangels halber mußten mehrere Korrespondenzen sowie ein Theil der Rundschau für nächste Nummer zurückgestellt werden.

der Expedition: B. Sch. K. N. Fileth: Deckadresse O.-St. längst außer Verkehr. Hielt Ihren Brief 14 volle Tage zurück. Anonym kann übrigens Jeder „sozialdem. Ehrenrichter“ spielen. Also erst Namen, dann Weiteres. — Rothwein: Mk. 3,— Ab. 1. Qu. erh. — Die Getreuen in Jever: Mk. 8,— für Ab. 1. Qu. und Nachbestllg. erh. und Alles vorgemerkt. — Lüttich W.: Nur wenn Sie Porto hin und zurück vergüten, kann Unverkauftes remittirt werden. — P. G. Chicago: Bsschft. vom 27/1. am 6/2. weiterbesorgt. Gruß. — Dischr. Ber. Neuchatel: Angelegenheit K. wird geordnet. Lag Irrthum vor. Fr. 5,30 pr. Schft. gutgebr. — Jonscher R.-Y.: Karte kostet 10 Cts. Strafporto. Auszug abg. Rem. hier. — Sßm. Z.: Fr. 3,— f. Schft. erh. — G. L. Cognac: Fr. 2,50 Ab. 1. Qu. erh. — 674 G. St.: Ab. Rest 3. und 4. Qu. und Ab. 1. und 2. Qu. mit 6wfl. 6,— ausgeglichen. Bfl. Weiteres. — J. W. Lbck.: Mk. 3.— Ab. 1. Qu. erh. — A. K. M-S.: Mk. 3,— Ab. 1. Qu. erh. — Schaft. Mk. 100,— à Cto. Ab. und Nachr. vom 2/2. erh. E. längst besorgt. — Schr. B.: Mk. —,75 Portozuschlag pro 1. Qu. erh. — R. Luzern: Fr. 4,— Ab. 1. Qu. für L. und Gen. in A. erh. — Romeo und Julia: Mk. 20,— pro Cto. Usd. dkd erh. — A. L. D.: Mk. 3,— Ab. 1. Qu. erhalten. — Deutscher Arbeiterverein Wädenswil: Fr. 7,— pro Usd. dkd. erh. — Ruprecht: Mk. 10,— à Cto. Ab. 1. Qu. und Weiteres dkd. erh. — Rother Greif: Bf. vom 4. erh. Gew. Adr. ꝛc. folgt. — J. Rtdch.: Fr. 2,40 Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. — Pgk. und Sch. Gbn.: Fr. 7,40 Ab. 1. Qu. durch Freundeshand erhalten. — E. Rstk.: Mk. 32,40 Ab. 1. Qu. erh. — Stdrg.: Mk. 20,— à Conto Ab. und Mk. 9,— Schft. erh. Weiteres nach Wunsch. — Hannibal: 4 unterwegs verzögert. Weiteres notirt. — a. d. Eider: Betr. Sdg. nicht von uns ausgegangen, auch J. zweifelhaft. Wahrscheinlich Polizeimache. — Der Bekannte: Bfe. und Ggrchg. vom 4/2. erh. B. hatte Bsp. zu besorgen, deshalb 4 früher. Mit 6 war E. dcan. — Marat M.: Ggrchg. gutgebr. Macht nur Mk. 53,97. Bstllg. folgt. Weiteres notirt. — Blitz: Bf. vom 5/2. erh. „H.“ 48/59 zu kaufen, fehlen z. Z. leider. Fonds zu zu diesem Zweck. — Rother Stern: Folgt Alles nach Wunsch. — Blanc: Mk. 26,— à Cto. gutgebr. Schftbstllg. ꝛc. baldigst. — P.-Gen. Gera: Mk. 32,— à Cto. Abln. dkd. erh. — X 3: Mk. 10,— à Cto. Abon. erh. — U. a. D.: Reklamiren Sie bei Rbg. Adde. R. geordnet. — J. R. in Moos: Fr. 1,— f. Fgschft. erh. Weiteres kommt dkd. zur Verwendung. Gruß!

Zürich. **Samstag**, den 10. Februar, **Abends 8 Uhr**, im Café Kessler:

Geschlossene Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung: **Besprechung der Kongressanträge. Delegirtenwahl.**

Die Genossen sind aufgefordert, vollzählig zu erscheinen.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Mitgliedskarte vorzuzeigen. Ohne diese kein Eintritt gestattet.

Der Lokalausschuss
der deutschen Sozialisten.

Neu erschienen und durch uns zu beziehen:

Die deutsche Geheimpolizei
im
Kampfe mit der Sozialdemokratie.

Aktenstücke und Enthüllungen
auf Grund authentischen Materials zusammengestellt.

Buchhändlerpreis: 1 Fr. = 80 Pfge.
Arbeiterpreis: 50 Cts. = 40 Pfge.

Franko für Rabatt, nur gegen Baarvorauszahlung.
Bei Einzelbezug nach Deutschland 10 Pf. Portozuschlag beizulegen.
Auf größere Posten entsprechender Rabatt.
Versandt auf Gefahr der Empfänger, ohne gebundene Lieferzeit.
Weiteres für Deutschland bekannt.

Expedition des „Sozialdemokrat“ Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.